

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pf. Vorkaufsgeld Nr. 4089, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile ober deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsangelegenheiten nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 270.

Freitag, den 18. November 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der internationale Polizeibund gegen den Anarchismus.

saz. Die italienische Regierung hat die Initiative ergriffen zur Bekämpfung anarchistischer Verbrechen. Eine Konferenz, die unter solcher Führung zusammentritt, wird sicher nicht die wirklichen Ursachen derjenigen Erscheinungen, die man anarchistische Verbrechen nennt, ermitteln, denn die italienische Regierung ist die Nährmutter jener Verbrechen. Es ist, als ob unter Führung des blutigsten Gründers eine Vörländer-Kommission die Ermittlung der Ursachen kapitalistischer Korruption und deren Bekämpfung in die Hand nehmen wollte.

Durch jahrhundertelange Unterdrückung, durch die schamlose Ausbeutung, deren sich die Latifundienbesitzer befleißigen, ist das italienische Volk in einen Zustand der Verwahrlosung gerathen, dem abzuhelfen die heutige italienische Regierung niemals etwas Ernstliches gethan hat, ebensowenig wie ihre Vorgängerinnen.

Nie hat sie die Ausbeutemonopole der Grundbesitzer anzutasten gewagt, die Augen hat sie zugedrückt zu den Finanzskandalen, der Schatten Crispi's ruht auch auf ihr. Aber mit echter Sbirren-Grausamkeit verfolgt sie alle die Männer und Frauen, die dem notwendigen Befreiungs- und Reinigungswert warmherzig ihre Feder und ihre Stimme geliehen haben. Crispi geht hochgehobenen Hauptes umher, ein Ehrenmann, aber im Buchstaus schmachten die sozialistischen Freiheitsfreunde.

Große Schichten des glänzend veranlagten italienischen Volkes sind so in Noth und Unwissenheit verwahrloht unter dem zerstörenden Bann des Dreiebundes: Pfaffensthum, Großgrundbesitz und Bureaucratie. Und so sproßte auf diesem Boden alter klassischer Zivilisation die Pflanze moderner Kultur nur spärlich und kümmerlich hervor, aber üppiger als in irgend einem anderen Kulturlande gedeiht in Italien der Mord. Die vergleichende Kriminalstatistik ergibt, daß auf 1 Million Einwohner jährlich in England $4\frac{1}{10}$ Morde kommen, in Deutschland $8\frac{1}{2}$, in Oesterreich 15, in Italien aber $67\frac{1}{2}$. Oder mit anderen Worten: In Italien giebt es etwa 8mal so viel Menschen, die unter Umständen zu Mördern werden, als in Deutschland, und 15mal so viel, als in England. Wer aber disponirt dazu ist, nach dem Stilet zu greifen, um einem Privatfeinde den Garau zu machen, der wird auch den Mordstahl zücken, wenn politischer Haß ihm die nicht durch humanisirende Einflüsse geläuterten Sinne verblendet. So liefert denn auch Italien in der Gegenwart mehr politische Mörder als irgend ein anderes Land. Aber nicht irgendwelche politische Doktrinen sind Schuld daran, sondern wirtschaftliche Verelendung, politische Unterdrückung und Verwahrlosung der Volkserziehung.

Und was für Heilmittel für diesen Zustand hat nun die italienische Regierung im Sinn?

Geht sie in sich, schlägt sie sich an ihre Brust mit dem Ausruf: Meine Schuld, meine Schuld zu allermeist!

Wett gefehlt! Anstatt an den Thatfachen, die die Geschichte, die die Statistik liefert, zu lernen, anstatt die Regierungsproxis desjenigen Staates nachzuahmen, dessen Kriminalstatistik ein fünfzehnmal günstigeres Resultat hinsichtlich Mordthaten ergibt, als es für ihre eigene Unterthanenschaft feststeht, ruft sie mit Krokodilshäuserei einen Polizeikongress zusammen, dessen ausgesprochener Zweck es ist, die Einrichtungen in ganz Europa auf das unendlich niedrige Niveau Crispi-Bellouscher Regierungskünste herabzuziehen. Ihre geplanten Hauptheilmitel sind die Ueberwachung aller „Verdächtigen“ und die Unterdrückung der anarchistischen Presse.

Wahrhaft kindlich naiv ist die Anschauung, die sich in diesen Vorschlägen ausdrückt. Werden nicht jetzt schon alle, denen man ein Verbrechen zutraut, überwacht? Hat das in Italien die Durchschnittsziffer von jährlich etwa 2000 Morden auf das englische Maß heruntergebracht? Was die Polizei an Prohibitivmaßregeln einer Verhütung irgend welcher Verbrechen leisten kann, ist überhaupt blühwenig. Das trifft für jede Verbrechenart zu. Man denke nur, in Italien läme Jemand auf den Gedanken die Morde aus Eiferjucht dadurch zu verhindern, daß man alle eiferjüchtigen oder zur Eiferjucht

geneigten Personen einer besonderen polizeilichen Ueberwachung unterstellt. Das läme praktisch auf die nämliche Wirkung hinaus, als wenn die durch Anarchisten begangenen politischen Verbrechen durch polizeiliche Ueberwachung aller Anarchisten verhindert werden sollten. Wer ist denn Anarchist? Welche Anarchisten sind denn zu Verbrechen geneigt und fähig? Erfahrungsgemäß ist es nur leicht, diejenigen Personen zu überwachen, welche sich keiner bösen Absicht bewußt sind, während diejenigen, die ein Verbrechen planen, es stets trefflich verstanden haben, sich den nach Ansicht der zünftigen Staatsmänner so liberale weissen Organen der Polizei zu entziehen. Die Welt einschließlich der Polizei erfährt von dem Mörderplane erst dann, wenn der Mord geschehen ist, es sei denn, daß Lockspitzel nach Andrieuzscher Methode bei der Anstiftung die Hand im Spiele gehabt haben.

Und nun gar die Unterdrückung der anarchistischen Literatur!

Zunächst ist es doch selbst dem beschränktesten Ordnungshüter in der bürgerlichen Presse nicht mehr unklar geblieben, daß der Anarchismus als Lehrgebäude eines Gesellschafts-systems an sich ebensowenig oder nicht mehr zum politischen Morde verleitet als jede andere auf dem Individualismus beruhende Lehre. In seiner Entartung kann er allerdings verworrene Köpfe ebensowohl dazu verleiten, wie erfahrungsgemäß Anhänger aller bürgerlichen Parteien in der Frowahn entgleitet sind, durch die Ermordung irgend einer leitenden Persönlichkeit eines feindlichen Systems könne diesem System selbst das Lebenslicht ausgeblasen werden.

Wer den Sozialismus begriffen hat, wird allerdings nie eine solche Thorheit planen und ausführen können, weil der Sozialismus grundsätzlich auf der Lehre von der geschichtsbildenden Kraft der wirtschaftlichen Verhältnisse beruht, die den Individualitäten nur die Rolle stets ersetzbarer und erfahrungsgemäß stets ersetzter Maschinenteile des Weltgetriebes zuerkennt. Alle anderen gesellschaftlichen und politischen Parteien überschätzen Macht und Bedeutung des Individuums. Aus allen individualistischen Parteien haben deshalb zur Zeit ihrer Bedrückung Personen sich entwickelt, die Individualismus konsequent in der Vernichtung feindlicher Individuen zu bethätigen glaubten. Mit dem Anarchismus sind da alle bürgerlichen Parteirichtungen in gleicher Lage.

Es waren Pfaffenstlinge, unter deren Mordwaffen der König Heinrich IV. von Frankreich und Wilhelm der Schweigsame, der Statthalter der gegen Spanien rebellirenden Niederlande, verbluteten. Den König Gustav III. von Schweden schloß im Auftrage einer Junkerverschwörung Andarström, ein adliger Offizier, hinterrücks nieder. Und in Rußland gar, da war die Ermordung mißliebiger Despoten in früherer Zeit zu einer Art Staatsmaxime geziehen, deren Anforderungen sich die höchsten Würdenträger des Reiches und die nächsten Verwandten des Opfers mit Eifer unterzogen. Als „den Despotismus, gemilbert durch den Meuchelmord“, hat man die russische Verfassung charakterisirt. Der Zar Peter III. wurde unter Zustimmung seiner vielgeliebten Gattin („viel“ hier im wahren Sinne des Wortes gebraucht) der Krone und des Lebens beraubt. Der Sohn der Katharina, Zar Paul, wurde von den verschworenen Generalen, darunter einem Sprößlinge des deutschen Geschlechts v. Bennigsen, Nacht überfallen, verdroch sich vor Angst im Kamin, wurde, rußbefudelt, herausgezogen und mit einer Offiziersschärpe erdroffelt. Sein Sohn, der fromme Alexander I. der Gründer der Heiligen Allianz, hat die Mörder seines Vaters nicht bestraft.

Die zum Verbrechen greifenden Anarchisten setzen nur die Proxis jener pfäffischen und junkerlichen Mörder fort.

Hätte man die Absicht, noch mehr Anarchisten als bisher auf die Bahn des Verbrechens zu drängen, dann könnte man das allerdings nicht besser erreichen, als dadurch, daß man die anarchistischen Lehren durch polizeiliche Verfolgung aller sich zu ihnen Bekennenden auszu-rotten sucht. Wie oft ist nicht schon die Erfahrung gemacht worden, daß Gewalt als Gegenruck Gewalt erzeugt, und wie vergeblich waren die Versuche, die Einsicht in diese natürliche Erscheinung des Menschenlebens den Staatslenkern der europäischen Militärstaaten beizubringen!

Wir glauben deshalb auch nicht, daß wir auf diese Personen Eindruck machen werden, wenn wir hier abermals eine Illustration dazu aus neuester Zeit beibringen.

Vor einigen Tagen ist in England eine Lebensgeschichte des bekannten irischen Parteiführers Parnell von Barry

O'Brien erschienen. Die energische politisch-parlamentarische Agitation Parnells und seiner Freunde hatte, wie erinnerlich, die vorher in Irland landesüblichen Mordthaten der geheimen agrarischen Gesellschaften, der „Söhne von Molly Maguire“, der Beauftragten „Korhs vom Berge“ oder des „Hauptmanns Mondschein“, verdrängt. Als die irischen Zwangsgesetze eingeführt waren und allen Abgeordneten die Verhaftung drohte, entspann sich einft, wie O'Brien erzählt, folgende Unterhaltung zwischen Parnell und einem seiner Anhänger:

„Glauben Sie, Herr Parnell, daß Sie nach Ihrer heutigen Rede verhaftet werden können?“

„Ich glaube, jederzeit verhaftet werden zu können — so geht's uns allen. Eine Rede ist nicht nötig. Der alte Buchhot (Spitzname des Ministers Forster, weil er die Gendarmen mit „Rehposten“ (schießen ließ) glaubt die irische Frage dadurch regeln zu können, daß er Irland zu einem Gefängniß macht.“

„Angenommen, Sie werden verhaftet, haben Sie uns irgend welche Instruktionen zu geben?“

„Ach!“ sagte Parnell langsam und nachdrücklich. „Ach! wenn ich verhaftet werde, so wird Hauptmann Mondschein meinen Platz einnehmen.“

Und die Nutzenanwendung?

Hält man mit der einen Hand den Rednern und Agitatoren des Anarchismus den Mund zu, so drückt man mit der anderen den Propagandisten der That den Mordstahl in die Hand.

Kerkert man die Krapotkin und Reclus (Ar. u. Recl. sind bekanntlich die wissenschaftlichen Koryphäen des Anarchismus) ein, so treten die Caserio und Luccheni an deren Platz.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei der stattgehabten Reichstagswahl in Schaumburg-Lippe, die am Montag stattfand, erhielten Ströfser (konservativ) 3066, Müller (freisinnig) 3730 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt. (Im ersten Wahlgang haben erhalten: Kammergerichtsrath Dr. Müller 2584, Stroffer 2336, Reichenbach [Soz.] 591 und Böckler [Antif.] 475 Stimmen).

Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim, Rechtsanwalt Dr. Schmitt (Centrum) beabsichtigt, wie man der „Volksztg.“ aus Mainz mittheilt, von seiner gesammten öffentlichen Wirksamkeit zurückzutreten, aus Gründen familiärer Natur. Dr. Schmitt ist eine der einflußreichsten Persönlichkeiten der heftigen Centrumspartei, in der zweiten Kammer einer der hervorragendsten Abgeordneten. Da er auch sein Reichstagsmandat niederlegt, wird um die Jahreswende im Wahlkreise Mainz-Oppenheim eine Ersatzwahl für den Reichstag notwendig werden. Bestätigung bleibt abzuwarten.

Die Lippe'sche Angelegenheit. Des Grafregenten von Lippe „feierliche Rechtsverwahrung“ an die deutschen Fürsten haben wir nach der aktentmäßigen Veröffentlichung des „Neuen Wiener Tagebl.“ bereits auszugsweise mitgetheilt. Da diese Angelegenheit sicherlich noch viel Staub aufwirbeln wird, wollen wir die beiden dem Streitfall zu Grunde liegenden „Ktenstücke hier dem Wortlaut nach mittheilen.

Der Grafregent Ernst zu Lippe richtete am 15. Juni dieses Jahres aus Detmold folgendes Schreiben an den Kaiser:

„Allerburchlauchtigster Kaiser und König,

Allergnädigster Kaiser und Herr!

Eure Majestät wollen Allergnädigt geruhen, mir in nachstehender Angelegenheit huldvoll Gehör zu schenken und mit Ew. Majestät mächtigen Schutz und Beistand gewähren zu wollen.

Nach Uebernahme der Regenschaft des Fürstenthums Lippe habe ich, übrigens im Einverständnis mit dem Generalkommando des VII. Armeekorps Anordnung dahin erlassen, daß den Mitgliedern meines Hauses seitens der hier dislozirenden Truppen militärische Ehren zu erweisen, sowie daß in der Urrede das Präbital Erlaucht anzuwenden sei. Beide Anordnungen sind jetzt seitens des kommandirenden Generals des VII. Armeekorps einseitig aufgehoben worden, letztere noch mit der Verschärfung, daß es den Offizieren des hiesigen Bataillons nicht einmal gestattet ist, aus Courtoisie die genannte Urrede zu gebrauchen. Ich darf dabei voranschicken, daß, wenn irgendwie der Wunsch an mich herangetreten wäre, die getroffenen Anordnungen zu modifiziren, ich mich diesem Wunsche wohl nicht widerlegt hätte, und es ist auch weniger die nunmehr eingetretene Verjagung militärischer Ehrenbezeichnungen für die Mitglieder meines Hauses der Anlaß dieser meiner Bitte an Ew. Majestät, als der Eingriff

des kommandierenden Generals in die Rechte des Kontingents, und Landesherren und die unterschiedliche Behandlung des Fürstenthums Lippe zu den anderen deutschen Bundesstaaten, welche mich zwingt, Ew. Majestät allergnädigste Hilfe anzurufen.

Durch die Militärkonvention vom 28. Juli 1874 ist zwar die Militärhoheit an Ew. Majestät abgetreten, jedoch sind dem Kontingentsherren diejenigen Rechte vorbehalten, welche nicht Gegenstand jener Uebertriftung waren. Insbesondere sind dem Kontingentsherren ausdrücklich die Stellung und die Ehrenrechte eines kommandierenden Generals gegenüber den im Fürstenthum bilogizierten Truppen eingeräumt worden. Unverträglich mit diesen verfassungsmäßigen Ehrenrechten des Kontingentsherrn dürfte es sein, daß der Dienstvorsetzte eine von mir erlassene Anordnung seinerseits aufhebt, und ebenso unberechtigt erscheint es, daß er meinen Landeskindern befehlt, einer von mir getroffenen Anordnung auf einem nicht militärischen Gebiete ungehorsam zu werden. Dieses Verfahren erscheint mir um so unrichtiger, als es von dem gegenüber anderen Bundesstaaten durchaus abweicht, in denen die gleichen Anordnungen von Alters her und unbeanstandet in Brauch sind. Artikel 12 der Konvention bestimmt ausdrücklich, daß, sofern nicht die Reichsverfassung und die preussischen Militärgeetze ein Anderes bestimmen, für die im Fürstenthum Lippe bilogizierten Truppen die hiesigen Geetze, Verordnungen und Rechtsnormen zur Anwendung kommen. Es dürfte daher unzulässig sein, daß der kommandierende General in Münster über den Kopf des Landes- und Kontingentsherrn hinweg dessen Anordnungen für unverbindlich erklären kann. Ein solches Vorgehen müßte mich um so schmerzlicher berühren, als es im eigenen Lande meine Autorität zu untergraben, den Geist des Widerstands gegen meine Regierung zu stärken und die Anbahnung feindseliger und gedeihlicher Verhältnisse im Lande zu erschweren geeignet ist, wie auch andererseits die lippsische Bevölkerung eine ihrem Negenten angehörige ungerechtfertigte Demütigung nicht verstehen will. Da ich im Interesse der Disziplin Anstand nehme, meinerseits Gegenbegehre zu geben zu welchen ich als Kontingents- und Landesherr dem auf mich vereideten und verpflichteten Truppenteil gegenüber voll berechtigt zu sein glaube, appelliere ich an Ew. Majestät Gerechtigkeitssinn und bitte um die Gnade, durch ein kaiserliches Machtwort einem solchen Eingriff in die Rechte eines Bundesfürsten Einhalt zu thun und dem kommandierenden General des VII. Armeekorps allergnädigst befehlen zu wollen, seine Anordnungen aufzuheben und sich jeglichen Eingriffs in meine Rechte fernhalten zu enthalten.

Mit dem Ausdruck unwandelbaren Respekts habe ich die Ehre zu verharren Ew. Majestät unterthänigster Diener Ernst Grafregent zu Lippe.

Der Grafregent erhielt auf diesen, allen Anforderungen des höchsten Beremoniells entsprechenden Brief folgendes bekannte Telegramm:

Berlin, Schloß, 17. Juni 1898. Ihren Brief erhalten. E Anordnungen des kommandierenden Generals geschehen mit meinem Einverständnis nach vorheriger Anfrage. Dem Regenten, was dem Regenten zukommt, weiter nichts. Im übrigen will ich mir den Ton, in welchem Sie an mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für alle Mal verbieten haben. W. R.

Gegen dieses Telegramm richtet sich die „feierliche Rechtsverwahrung“ des Grafregenten. Die Presse stellt sich fast ausschließlich auf die Seite des sich schwer gekränkt fühlenden Bundesfürsten. Die „Köln. Ztg.“ ist es, die jedoch besonders den Grafregenten als schuldigen Theil des Konfliktes hinstellt. In einem augenscheinlich aus Berlin inspirierten, offiziellen Artikel schreibt das „Weltblatt“:

„Die Denkschrift sei zweifellos indirekt von lippe-betmolbischer Seite in die Öffentlichkeit gebracht, sodas dem Grafregenten in erster Linie die Schuld zugemessen sei, wenn der Gegenstand zwischen ihm und dem Kaiser noch verschärft werde. Hätte der Grafregent bessere politische Berater, so würde er rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß, wenn er größere militärische Ehrenrechte für seine Kinder durchsetzen wollte, als ihm nach der Militärkonvention zustanden, er dazu nicht den Weg einseitigen Befehls, sondern den Weg der Verständigung mit dem allerhöchsten Kriegsherrn hätte wählen müssen. Daß er diesen Weg nicht ergriffen, vielmehr durch einseitigen Befehl in die Machtsphäre des obersten Kriegsherrn eingegriffen und diesen daher genötigt habe, diesen Eingriff nachträglich wieder ungeschehen zu machen, sei der Grund, warum die Dinge sich derart zugespitzt hätten. Die Drohung des Grafregenten, er nehme im Interesse der Disziplin Anstand, seinerseits Gegenbefehle zu geben, greife in der schlimmsten Weise in das dem Kaiser durch Artikel 64 der Reichsverfassung gewährleistete, für den Bestand des Deutschen Reiches unentbehrliche Recht ein, wonach alle deutschen Truppen verpflichtet seien, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten. Diese Ausföhrungen des Grafregenten seien solche staatsrechtliche und militärische Angelegenheiten, daß es wohl zu begreifen sei, daß der Kaiser über diese Drohung höchst ungehalten war.“

Die Ausweisung des „Vorwärts“-Redakteurs Genossen Braun wird, wie die „Köln. Volksztg.“ hervorhebt, in verschiedenen rechtsstehenden Blättern von Journalisten verteidigt, welche ebenfalls als Ausländer, nämlich als Balten bekannt sind. „Es handelt sich hier vielleicht um Persönlichkeiten, die nicht ganz ihren Wünschen entsprechend zum Verlassen Rußlands gedrängt sind und die also gewiß anerkennen, wie wertvoll es ist, wenn man sich im Auslande eine neue Heimath gründen kann. Man sollte denken, daß solche Männer zu allererst die Meinung empfinden, daß es ihm zu sein.“ — Da kennt die „Köln. Volksztg.“ den Charakter dieser Deutschen doch zu schlecht. Sie wissen, daß sie als Handlanger des Bismarck-Kurses keine Ausweisung zu befürchten haben und um ihre Ergebenheit zu zeigen, klatschen sie eben zu allen Maßnahmen der Recke und Posadowsky Beifall.

Ein infamer Schwindel ist, daß steht nun unbedingt fest, die „Anarchisten-Verföhrung“ gegen den deutschen Kaiser. Die Frage ist nur noch die, wem der Schwindel zur Last zu legen ist. Gewisse deutsche Politiker fahren fort, England in Verdacht zu bringen. So schreibt der „Egyptische Courier“, die einzige deutsche Zeitung Nordafrikas, das Folgende:

„Wer von uns nach diesem Titel eine Aufklärung des Dunkel, welches das angeblich gegen unsern Kaiser geplante Attentat noch immer umgibt, erwartet, der wird sich gewöhnlich getäuscht sehen, ja, zu unserer Beschämung müssen wir gestehen, daß wir den von der europäischen Presse über das Komplot gebrachten Einzelheiten keine einzige neue hinzuzufügen wissen. Woher kommt das? Die englisch-egyptischen Polizeibehörden hätten sich in das unüberwindliche Schweigen, in ein Schweigen, für welches aus jede Erklärung fehlt, wenn wir nicht an-

nehmen wollen, daß — sie ebenfalls nichts wissen. Der Zweifel, den der größte Theil unserer vaterländischen Presse den englischen Nachrichten gegenüber an den Tag legt, ist unserer Ansicht nach völlig gerechtfertigt.“

Das Blatt fährt dann fort: Da mir nichts Neues, Thatsächliches zu der Angelegenheit veröffentlichen können, müßten wir uns wenigstens einige Bemerkungen gestatten, die vielleicht einen interessanten Schluß auf den Ursprung der Affäre zulassen. Zunächst konstatieren wir, daß die ersten Meldungen über das Komplot aus einer englischen Quelle stammen, die uns schon mehr als ein Mal mit Unwahrscheinlichkeiten bedient hat, ferner, daß, als die Nachricht ankam, daß der deutsche Kaiser nicht nach Egypten komme, sofort darauf hingewiesen wurde, daß die offiziell angegebenen Gründe kaum die Ursache zu der so pöflichen Aenderung des Reiseplanes gewesen sein könnten, sondern daß dieselbe im englischen Machenschaften gesucht werden dürfte. Daß den Engländern der Besuch des deutschen Kaisers in Egypten als Gift des Rades an der Ordnung unangenehm sei, war ja bekannt, und daß sie nach Mitteln und Wegen gesucht haben, denselben zu verhindern und solche auch zur Anwendung gebracht haben, ist durchaus nicht unwahrscheinlich. Auf jeden Fall dürfte das Komplot, habe es nun in Wirklichkeit bestanden oder nicht, den Engländern zur Erreichung von zwei Zielen verholfen haben: ein Mal dürfte es die Waffe des Kaisers nach Egypten zur Unmöglichkeit gemacht haben und hat ihnen gleichzeitig eine mächtige Waffe in die Hand gegeben, die Beseitigung der Konfulargerichtsbarkeit, welche England schon seit längerer Zeit betreibt, durchzusetzen. Und in der That veranlaßte die Entdeckung des angeblichen Komplots die englische Presse sofort, die Beseitigung der Konfulargerichtsbarkeit zu verlangen. Sollte das alte gute Sprichwort: is fact, est prodest (ber hat es gethan, dem es nützt), auch in diesem Falle wiederum Recht haben?

Wir haben keine Veranlassung, diese Bemerkungen ohne Weiteres als zutreffend zu erachten, da sie sehr wohl lediglich vom fanatischen Haß gegen England diktiert sein können. Es kann ebenso wohl etwelche andere Schuferei dahinter stecken.

Die Zahl der Reichstagsmandate und der für die einzelnen Parteien bei der Hauptwahl abgegebenen Stimmen ist in Folge der ungleichen Größe der Wahlkreise bekanntlich eine sehr verschiedene. Berechnet man auf Grund der jetzt veröffentlichten amtlichen Statistik der Reichstagswahlen von 1898 den Anspruch auf Mandate, den die Parteien bei gleichmäßiger Vertheilung nach der Stimmenzahl hätten, so entfielen nach der „Voss. Ztg.“ auf die Sozialdemokratie 118 Mandate (erhalten hat sie 56), auf das Zentrum 82 (erhalten 110), auf die nationalliberale Partei 54 (47), auf die deutsch-konservative Partei 48 (60), auf die Freisinnige Volkspartei 31 (29), auf die Deutsche Reichspartei 19 (23), auf die Freisinnige Vereinigung 11 (12). Aus Vorstehendem ergibt sich, daß, wenn die Mandate nach der Stimmenzahl vertheilt würden, eine konservative, liberale Mehrheit im Reichstage nicht vorhanden sein würde; denn auf Zentrum, Konservative und Freikonservative würden alsdann nur 148 Mandate entfallen. Dagegen würden die liberalen Parteien mit den Sozialdemokraten eine Mehrheit bilden können.

Kiautschou wird für die deutschen Steuerzahler recht theuer. Der neue Etat fordert nicht weniger als 8 1/2 Millionen Mark für diese Flottenstation. Für das laufende Etatsjahr waren 5 Millionen Mark angesetzt. Außerdem sind außeretatmäßig im Jahre 1897/98 über 3 Millionen Mark dort aufgewandt worden. Danach kostet Kiautschou also in drei Jahren schon 17 Millionen Mark, ganz abgesehen von dem Unterhalt der dort stationirten Kriegsschiffe. Die neue Etatforderung setzt sich nach den „Münch. Neuest. Nachr.“ wie folgt zusammen: Es entfallen von den 8 1/2 Millionen Mark auf das Gouvernement 79 500 Mk., die Zivilverwaltung 316 000 Mk., die Militärverwaltung (Befehlstruppen, Verpflegungsamt, Artillerie-Verwaltung) 1 542 100 Mk., auf die gemeinsamen Einrichtungen der Zivil- und Militärverwaltung (Gebäude-Unterhalt, Seelforge und Unterricht, Lazarett und Krankenpflege u. dgl.) 1 286 600 Mk., auf Hafenanbauten einschließlich Landwerberb 1 500 000 Mk., auf den Bau von Batterien, Magazinen und Beschaffung von Geschützen und Handwaffen 800 900 Mk., auf Seezeichenwesen und Vermessungen 1 086 400 Mk., für unvorhergesehene Ausgaben 388 800 Mk. Mangels der notwendigen Grundlagen für die Aufstellung eines gegliederten Etats sind übrigens die einzelnen Positionen nur pauschaliter nachgewiesen. — Statt die 17 Millionen für die Drechbüch in Ostasien aufzuwenden, sollte man die Millionen lieber für Kulturzwecke in Deutschland aufbrauchen. Es giebt bei uns viel dringendere Kulturaufgaben zu erfüllen, als das Drechbüch mit Millionen zu füttern.

Der nahende Krach. Der „Deutsche Oekonomist“ vom 5. November 1898 enthält einen Artikel, betitelt: „Die Großbanken“, der folgendermaßen beginnt:

„Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werden unsere großen Banken in nicht mehr ferner Zeit die Probe darauf zu bestehen haben, wie sich ihre neueste Entwicklung unter ansergewöhnlichen Verhältnissen, a. a. in einer schweren industriellen Krise, bewähren wird. Noch lauten die Berichte über den Gang der Industrie durchweg günstig, und wir wollen uns kein Urtheil darüber gestatten, wie lange dieser günstige Zustand noch dauern kann; aber das ist doch zweifellos, daß es sich immerhin hierbei nur um eine verhältnismäßige kurze Zeit handeln kann, die auch der größte Optimist wohl nicht über ein bis zwei Jahre in Aussicht nimmt, die der Pessimist aber nur noch nach Monaten bemißt. Jedenfalls ist nach dem immensen Aufschwung der industriellen Leistungsfähigkeit, welche der dauernden Verbrauchsfähigkeit weit vorausgeeilt ist, eine Periode zu erwarten, welche dem Ausgleich zwischen Produktion und Konsum gewidmet ist und alle Merkmale einer Krise an sich trägt.“

Im weiteren führt der Artikel aus, daß sämtliche große Banken direkt mit Engagements für große und weit in die Zukunft gehender Unternehmungen belastet sind, daß im Falle eines Krachs wohl die Frage entstehen dürfte, ob sie diesem gewachsen seien. Insbesondere sei erforderlich, daß die Gesetzgebung dahin geändert werde, daß die Banken gezwungen würden, den Depositen-

verkehr streng vom übrigen Bankverkehr zu trennen. Nehnliche pessimistische Anschauungen enthält der letzte Londoner „The Economist“, der die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten und England mit unglücklichen Augen ansieht. Kommt der Krach, so werden wie immer die Arbeiter die Hauptkosten zu tragen haben.

Für Abhaltung von Konferenzen der Gewerbe-Inspektoren mit den Beauftragten der Berufs-gewerkschaften treten die „Berl. Pol. Nachr.“ ein. — Was kann von Schweinburg Gutes kommen? Die „Frankf. Ztg.“ hat daher wohl nicht so unrecht, wenn sie zu dem Vorschlage der „B. P. N.“ meint: Damit ist wohl eine Beeinflussung der Gewerbe-Inspektoren durch die Unternehmer beabsichtigt. Dem muß man aber entschieden entgegenreten.

Vom Reichsgericht. Wie der „Deutschen Juristen-Zeitung“ zufolge verlautet, soll am Reichsgericht vom 1. April 1899 ab ein siebenter Zivilsenat errichtet werden. Die Ursache dürfte in dem Zugang der bayerischen Sachen vom 1. Januar 1900 an liegen. Aus diesem Grunde sollen auch vier bayerische Mitglieder für diesen neuen Senat ernannt werden.

Ein offizielles Arbeitersekretariat in Berlin? Das „Berl. Tagebl.“ meldet, daß der Anwaltverein in Verbindung mit den städtischen Behörden über die Gründung eines Rechtsbureaus für unentgeltliche Ratherteilung an mittellose Personen berathen will. Es soll auch besonders das Gebiet der Sozialgesetzgebung berücksichtigt werden und in der Organisation an die schon bestehenden Arbeitersekretariate angeknüpft werden. — Die Einrichtung könnte nützlich wirken; wir sagen mit Absicht könnte, denn ob sie es thun wird, das scheint uns bei der Art, wie sie zu Stande kommen soll, durchaus noch nicht gewiß. Bedenklich müßte sie vor allem sehr darum besorgt sein, sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben. Von vornherein wird sie es sicher nicht besitzen. Ob sie es erwirkt, das hängt von Umständen ab, die in Deutschland bei solchen offiziellen Einrichtungen in der Regel nicht vorhanden zu sein pflegen.

Frankreich.

Zur Dreyfusaffäre. Ueber eine wichtige Entscheidung des Kassationshofes am Dienstag die offizielle „Agence Havas“: Der Kassationshof, welcher seine Entscheidung dahin getroffen hatte, daß bis jetzt die Strafe, die Dreyfus, keiner Aenderung zu unterziehen sei, hat soeben den Minister für Colonien davon in Kenntniß gesetzt, daß er eine gerichtliche Verfügung erlassen hat, welche besagt, der Kassationshof habe beschlossen, daß Dreyfus auf schnellstem Wege von der Revision seines Prozesses befreit, richtig und angefordert werde, seine Vertheidigungsmittel vorzubringen. — Danach hat die grausame Behandlung Dreyfus ein Ende. Der Beschluß des obersten Gerichtshofes enthält zugleich eine scharfe Kritik des Verfahrens Dupuy's, der sich geweigert hatte, Dreyfus auch nur die geringste Nachricht von dem Revisionsverfahren zukommen zu lassen. Zugleich wird genehmigt, daß der Minister für die Colonien ein Telegramm erheilt, welches die Mittheilung enthält, daß Dreyfus bei guter Gesundheit sei. Die Fragen, welche Dreyfus seitens des Kassationshofes vorgelegt werden sollen, werden ihm auf dem gewöhnlichen Wege zugehen, ebenso wie die diese Fragen betreffenden Schriftstücke. Der Kassationshof setzt inzwischen seine Revisionsarbeit still und eifrig fort. Da die Verhandlungen geheim gehalten werden, bringt nur wenig Thatsächliches an die Öffentlichkeit. Der frühere Kriegsminister Chanoiné begab sich Montag Vormittag zum Kassationshof und verließ denselben nach einstündigem Aufenthalt. Wie man der „Voss. Ztg.“ aus Paris meldet, enthalten die Generalstabblätter „Gantois“, „Intransigent“ und „Libre Parole“ über Chanoiné's Aussage vor dem höchsten Gerichte eine nahezu gleichlautende Mittheilung, die offenbar nur von Chanoiné selbst ausgehen kann. Chanoiné warf danach die Frage der Geheimpapiere auf und stellte das höchste Gericht vor die Nothwendigkeit, sich mit einer überaus gefährlichen Verantwortlichkeit zu belasten. Er bekannte, daß er ins Ministerium Reiffon mit dem Gedanken eintrat, er müsse sich in das Unvermeidliche ergeben und die Wiederaufnahme gestatten, sowie er jedoch von den Geheimpapieren Kenntniß genommen, habe seine Meinung sich vollkommen umgewandelt. Er versicherte dem höchsten Gerichte, die Geheimpapiere seien niederschnitternd und so geartet, daß ihre Enthüllung die schrecklichsten auswärtigen Verwickelungen nach sich ziehen würde. Er habe seinen Mittritt nur darum so geräuschvoll ins Werk gesetzt, damit das Land auf die Lage aufmerksam werde. Der Kassationshof scheint sich jedoch durch Chanoiné's Aussagen nicht haben verblüffen zu lassen. Wenigstens soll nach dem „Courrier du soir“ das oberste Gericht beschlossen haben, die Aufklärung des geheimen Dossiers zu verlangen. Die Kammer beschäftigte sich Dienstag ebenfalls mit dem Fall Dreyfus. Der nationalistische Deputierte Lagies interpellirte über den obenmitgetheilten Beschluß des Kassationshofes. Der Ministerpräsident verweigerte jedoch die Annahme der Interpellation. Am Donnerstag, also heute, wird aber diese Interpellation von dem gleichen Abgeordneten nochmals eingebracht werden. Hierauf interpellirte der sozialistische Radikale Boyer die Regierung dahin, das Gesetz vom 8. Dezember 1898 auf die Militärjustiz auszubehnen. Das Gesetz fordert, daß jeder Angeklagte bei seinem Verhör durch den Untersuchungsrichter von seinem Anwalt begleitet sein muß. Der Kriegsminister erklärte sich bereit, den Antrag anzunehmen, was im Hause großes Erstaunen hervorrief. Er wollte sogar die Dringlichkeit für diesen Antrag angewendet wissen und erklärte des weiteren, daß Zurlinden vollständig im Recht gewesen sei, den Oberst Picquart in Geheimhaft zu halten. Diese Bemerkung des Kriegsministers rief großen Tumult hervor. Hierauf wurde die Dringlichkeit des Antrages Boyer beschlossen. Im Senate brachte Constans an demselben Tage einen dem Antrage Boyer ähnlichen ein. Constans gab der Erwartung Ausdruck, daß der Senat es sei zur Ehre ausrechnen werde, sein Wert zu vollenden, denn es sei wichtig, daß alle Bürger ganz gleiche Garantien vor Gericht genießen. (Beifall.) Constans verlangte die Dringlichkeit für seinen Antrag. Der Justizminister Lebret erklärte sich mit der Dringlichkeit der Beratung einverstanden und fügte hinzu, die Regierung sei auch mit dem Prinzip des Gesetzes einverstanden. Die Dringlichkeit wurde sofort beschlossen.

Wenn auch die Anträge Boyer und Constans einen erheblichen Fortschritt gegen den jetzigen Zustand bedeuten, so wäre es doch immerhin besser, man machte ganze Arbeit und einigte sich auf den Antrag unserer Genossen, die folgenden Gesetzesvorschlag eingebracht haben:

Art. 1. Das Militär-Strafgesetz und die Militärgerichte sind abgeschafft. Art. 2. In Kriegs- wie in Friedenszeiten stehen die Soldaten unter denselben Gesetzen wie die übrigen Staatsbürger. Sie sind, gemäß diesen Gesetzen der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unter-

worren und werden von den bürgerlichen Gerichten abgeurtheilt. — Art. 3. Alle dem gegenwärtigen Gesetz entgegenstehenden Gesetze und Gesetzesbestimmungen sind abgeschafft.

Aber dazu werden sich wohl die Bourgeois-Republikaner nicht antraffen. Unsere Genossen sind auch sonst sehr rührig. Sie fassen die Gelegenheit — die Niederlage der Generalkabale in der Dreifus-Affaire — beim Schopfe. So hat, wie gemeldet wird, der sozialistische Abgeordnete Marcel Sembat in der Kammer einen Antrag zum Kriegsbudget eingebracht, welcher bei Kap. 32 (Reiseentschädigungen und außerordentliche Missionen) einen Kreditabtrieb von 222.400 Francs verlangt. Diese Summe stellt die Reiseentschädigungen der französischen Militär-Attachés im Auslande dar. Werden diese gestrichen, so bedeutet dies die Aufhebung dieser Kosten überhaupt. Der Antragsteller erwartet wohl nicht mit Unrecht, daß in diesem Falle die auswärtigen Staaten auch ihre Militär-Attachés aus Frankreich abberufen würden. Die Tendenz des Antrages ist sehr verständig, und sie möchte eigentlich nach den Erfahrungen des Dreifus-Skandals allen Parteien sympathisch sein.

Die Generalkabale an der Arbeit. Das „Petit Journal“ meldet, in einer großen Anzahl von Gemeinden in der Provinz seien zahlreiche Plakate verbreitet mit den Worten: Dreifus ist ein Verräther“. Die Plakate tragen gleichzeitig die Bildnisse der fünf letzten Kriegsmilitär- und deren Erklärungen über die Schuld Dreifus. In mehreren Gemeinden haben die Bürgermeister die Plakate beschlagnahmt.

Mit einer neuen Enthüllung wartet, wie der „Boss. Hg.“ aus Paris gemeldet wird, Degony, der Bruder des gleichnamigen Genoffiers, der in Leipzig wegen Spionage verurtheilt und bei Carnots Tode vom Kaiser begnadigt wurde, im „Voltaire“ auf. Degony versichert, Verweise zu haben, daß der Fälscher Henry mit Esterhazy in Geschäftsbeziehungen stand und ihm Geld schuldete; und wenn wirklich die im Begleitkreise aufgezählten Schriftstücke, wie Cavaignac behauptet, nur von einem Generalkabale herühren können, so habe Henry sie Esterhazy gestiftet, möglicherweise ohne zu wissen, wozu Esterhazy sie verwenden werde. Henrys Witwe antwortete jedoch auf die Frage, ob Henry Esterhazy Schuldner sei, mit einer Verneinung jeder Schuld und einer Klage über die Geringfügigkeit ihres Wittwengeldes.

Dem Einfluß der Jesuiten im französischen Heere will die republikanische Vereinigung des Senates Schranken setzen. Sie bestellte einen Vermittlungsausschuß zur Prüfung der Frage, ob die Schüler der Jesuitenschulen nicht vom Wettbewerb um die Aufnahme in die Offizierschulen ausgeschlossen werden sollten.

Der Justizauschuß der Kammer hat beschlossen, der Regierung einen Antrag vorzulegen, in welchem die Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich gefordert wird.

Italien.

Die italienische Reaktion verbert noch immer Opfer und bedient sich zu deren Abschächtung der sogenannten Justiz. Jetzt beginnt man auch auf Sizilien mit der „Arbeit“. Am 9. ds. Mts. hat das Appellgericht in Palermo den bekannten Sozialisten Nicola Barbato zu einem Jahre und zwölf Bauern aus Piana de Greci zu je sechs bis acht Monaten Gefängnis verurtheilt, und zwar wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“. Am 8. August waren sämtliche dreizehn Angeklagte von dem zuständigen Gericht in Palermo freigesprochen worden, nachdem zwei Offiziere als Zeugen ausgesagt hatten, daß das von ihnen kommandirte Detachement keinerlei Beunruhigung zu befürchten gehabt hätte, dank der Energie und der Besonnenheit von Dr. Barbato. Daraufhin wurden die beiden Offiziere, ein Major und ein Hauptmann, abberufen. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und das Appellgericht verurtheilte, denn — die Regierung brauchte eine Verurtheilung!

Ein Anarchist, wie er sein soll, also einer mit dem die Spizel zufrieden sind, präsentirt sich in der Person — ja wie heißt der Mann? Sein Name muß auf die Nachwelt kommen und wird sehr mit Unrecht in folgender Turiner Meldung verschwiegen: „Das vierte Bersaglieriregiment erhielt von einem aus diesem Regiment desertirten Soldaten einen Brief, worin der Deserteur mittheilt, er sei Anarchist und beabsichtige, auf den Prinzen von Neapel ein Attentat auszuführen.“ Wenn nun der geschätzte Mann noch Wohnung und Sprechstunde angeben wollte, so würde allen Erfordernissen genügt sein, um seinen Anarchismus auszurotten.

Kuba.

Auf Kuba herrschen bei dem gegenwärtigen Interregnum wahrhaft anarchische Zustände. Neuerdings haben in Havana zwei Kompanien Polizeienten wegen rückständiger Soldzahlung gemeutert; der General Arolas ließ sie entwaffnen und in die Kaserne einschließen. Die Kasse ist wiederhergestellt. Die Meuterer sind nach Spanien eingeschifft worden.

Amerika.

Das Ergebnis der Wahlen in den Vereinigten Staaten, die am Dienstag der vorigen Woche stattfanden, steht nunmehr ziemlich sicher fest. Darnach haben die Republikaner ihre Majorität im Repräsentantenhause mit knapper Noth gerettet und, was wichtig ist, im Senat die Majorität erlangt. Die Republikaner haben erwartete Erfolge in den Westten errungen, so daß sie im 56. Kongreß, dessen Legislaturperiode am 4. März 1899 beginnt, eine viel stärkere Stellung einnehmen werden, als man sofort nach den Wahlen annehmen konnte. Im Senat, wo den Republikanern bisher eine Stimme an der Mehrheit über die vereinigten Gegner fehlte, werden sie eine Mehrheit von 20 Stimmen haben, also 5 weniger als zu einer Zweidrittelmehrheit nöthig sind, deren es bei der Bestätigung von Verträgen bedarf. Nicht so günstig ist ihre Stellung im Repräsentantenhause, wo sich das Stärkeverhältniß der Parteien wahrscheinlich folgendermaßen gestalten wird: 183 Republikaner, 164 Demokraten, 3 Populisten, 5 Fusionisten und 2 Silberleute. Die republikanische Mehrheit über alle übrigen Parteien würde also nur 9 Beträge gegen bisherige 57. Die Erfolge der Republikaner im Westen werden auf verschiedene Ursachen zurückgeführt. Die Populisten haben stark an Boden verloren, da die Farmer bei hohen Getreidpreisen nicht viel auf die populistischen Lehren geben. Außerdem haben die für „ungesundes Geld“ eintretenden Demokraten auch

diesmal mit den Republikanern gestimmt, doch scheint am meisten zum Siege derselben der Umstand beigetragen zu haben, daß die Expansions-Politik Mac Kinleys viel Anklang im Westen findet. Stark gelitten haben die Silberleute, die zwar in Colorado, Nevada, Idaho und Utah gesiegt, aber Washington an die Republikaner verloren haben. Wie gründlich die Niederlage der Silberpartei ist, kann man unter Anderem daraus ersehen, daß der Schatzsekretär Gage die Neuprägung gethan hat, er glaube, daß nach der Willensäußerung der Nation die freie Silberprägung nunmehr eine abgethane Sache sei.

Lübeck und Nachbargebiete.

17. November

Achtung, Tabakarbeiter! Wegen Lohn Differenzen ist der Bezug nach der Fabrik Rose u. Schweißhoffer, gr. Petersgrube, streng fernzuhalten. Das Bureau befindet sich Lederstraße 3. Die Streikkommission.

Senator Dr. Behn feierte am Dienstag sein vierzigjähriges Jubiläum als Senatsmitglied und sein fünfzigjähriges als Mitglied der Bürgerschaft. Die Staatsgebäude und manche Privathäuser hatten geflaggt.

Zwangs-Zinnungen. Von der hiesigen Stellmacher-Zinnung und der hiesigen Zinnung der Klempner ist der Antrag gestellt worden, es möge angeordnet werden, daß vom 1. April 1899 ab alle diejenigen, welche im Gebiete der freien und Hansestadt Lübeck das Stellmacher resp. Klempnergewerbe als ständiges Gewerbe selbstständig betreiben, einer unter dem Namen „Stellmacher-Zinnung“ resp. „Klempner-Zinnung“ neu zu errichtenden Zinnung (Zwangs-Zinnung) mit dem Sitz in Lübeck als Mitglieder anzugehören haben. Um festzustellen, ob die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt, werden dieselben auf Grund des § 100 u. der Gewerbeordnung hierdurch aufgefordert, ihre Äußerungen für oder gegen die Einführung des Beitrittszwanges bis zum 30. November ds. J. bei dem Stadt- und Landamt einzureichen.

Verstohlen. Der hier gebürtige Steward Hugo Hagenström ist im Frühjahr 1873 als Steward mit dem Schiffe „Teutonia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft nach Amerika gefahren. Dem Vernehmen nach ist er auf dieser Reise in Colon dem Schiffe entflohen. Seitdem fehlt jede Nachricht von ihm. Seine Verwandten haben jetzt beim Gerichte den Antrag gestellt, ihn für todt zu erklären.

* Zähes Ende. Ein bejahrter Kutscher des Posthalters Sch. wurde am Dienstag auf dem Boock vom Schläge gerührt und verschied bald darauf.

Vom Tage. In Haft gerieth wegen Logischwindels ein angeblicher Kaufmann, gestohlen wurden einem Arbeiter aus seinem Logis 43 Mark. Ein Unbekannter hat einem Knaben durch ein listiges Manöver einen Korb mit zwölf Flaschen Wein abgelockt.

Auf Reisen gegangen ist die seit einiger Zeit vermählte Tochter eines Barbiers. Sie hat sich in Hamburg in Stellung begeben.

Messerstecherei. Das Schöffengericht verhandelte am Dienstag einen Prozeß wegen Körperverletzung gegen sieben Angeklagte. Es handelte sich um eine bedeutende Schlägerei, die Anfangs Oktober in der Koppelstraße stattfand. Die Verhandlung mußte ausgesetzt werden, da noch Zeugen geladen werden sollten. Wir werden über den Ausgang der Sache berichten.

Bestrafte Untrene. Zu 6 Wochen Gefängnis wurde vom Schöffengericht der Arbeiter Herrich verurtheilt, weil er dem Fabrikarbeiter-Verband und dem sozialdemokratischen Verein Gelder unterschlagen hat.

* Arbeiterrisiko. In der Woldt'schen Sägemühle erlitt am Dienstag der Arbeiter Schmidt an der Wandsäge durch eine zurückprallende Art Verletzungen am Kopfe und am Unterleib.

Der „West- und Hafenbote“, das von Herrn Cirpiz in's Leben gerufene Organ zur Belehrung der Werftarbeiter, droht, wie uns berichtet wird, an's Mangel an Mitteln einzugehen. Um dieses Uebelthe abzuwenden, hat Herr Farms, Kapitän zur See, die Unterstützung deutscher Privatwerften nachgesucht. Er beruft sich dabei darauf, daß die Niederlage unseres Parteigenossen Legien bei der Kleiner Reichstagswahl in hohem Maße der Mitwirkung des „West- und Hafenboten“ zuzuschreiben sei, unsere Partei habe an den Verlust von Kiel gar nicht gedacht. Es würde deshalb auf die bisher „gewonnenen“ Arbeiter von entnützigendem Einbrud sein, wenn das Erscheinen des Blattes eingestellt werden müßte. Das würde den Sozialdemokraten Wasser auf die Mühle treiben und die von ihnen „irregulierten“ Arbeiter, die sich von uns abzuwenden begännen, wieder wankend machen. Unsere Freunde, die Feinde handeln nicht klug, sich noch immer der Kopf darüber zu zerbrechen, wie es zu verhindern wäre, den Sozialdemokraten Wasser auf die Mühle zu liefern. Sie mögen beginnen, was sie wollen, unserer Partei wird alles förderlich sein, was sie thun. Insbesondere sollten sie sich aber hüten, Zeitungen gegen uns zu gründen. Auf Sympathie in den Arbeiterkreisen haben solche Blätter selbstverständlich nicht zu rechnen, so daß, um sie über Wasser zu halten, nichts weiter übrig bleibt, als in den Beutel zu greifen. Nun begreift es sich ja, daß unsere Herren Gegner außer den Opfern des Intellekts nicht auch noch finanzielle Opfer an die Vertheidigung der bestehenden elenden Gesellschaftsordnung verschwenden wollen, aber dann mögen sie einfach das Gerüden von Zeitungen gegen unsere Partei unterlassen, denn so oder so haben sie davon weiter nichts als Blamage.

In das Handelsregister ist am 15. November d. J. eingetragen auf Blatt 1900 bei der Firma „Denno Hill“: Die Firma ist erloschen.

Verordnung, betreffend den Schutz des linken Travenusfers unterhalb Herrenwiel. Der Senat verordnet: Für das Baden und Erben von Sand, Kies, Steinen und Boden aller Art am linken Ufer der Trave unterhalb Herrenwiel bis zur Fvenderfer Feldmark gelten zum Zwecke des Uferschutzes in Zukunft die folgenden Bestimmungen: § 1. Jeder Grundstückeigentümer, welcher Material irgend welcher Art von seinem Grundstücke auf dem Wasserwege abfahren oder abfahren lassen will, hat von dieser seiner Absicht dem Polizeiamte mindestens 24 Stunden, bevor mit dem Ab-

fahren begonnen werden soll, Mittheilung zu machen unter Angabe der Stelle, an welcher geladen werden soll. § 2. Abgrabungen auf dem im Staatsbesitze befindlichen, zwischen den Grenzsteinen und dem Wasser gelegenen Theile des Uferschutzes, sowie Aufschüttungen, Einschnitte und sonstige Veränderungen in der Höhe, Lage und Beschaffenheit dieses Uferschutzes auszuführen, ist untersagt. § 3. Einschüttungen aller Art in das Wasser hinein sind untersagt. § 4. Die Staatsseitig hergestellten Grenzsteine, Grenzpfähle oder zu sonstigem Zwecke hergestellten Marken dürfen nicht beschädigt, in ihrer Lage verändert oder beseitigt werden. § 5. In einer Breite von 20 Metern landwärts von der durch Grenzsteine bzw. Pfähle bezeichneten Eigentumsgrenze des Staates dürfen keine Abgrabungen oder Ufer hergesteilt werden, welcher tiefer als 1,70 Meter über den auf + 5,90 Meter am Travenpegel gleich — 0,20 N. N. angenommenen gewöhnlichen Traven-Wasserstand hinabreichen. Bei der Stillper Hut ist der hinter den beiden Seiten am Hirtenberg gelegene Uferschutzes, auf welchem Abgrabungen tiefer als 1,70 Meter über gewöhnlichen Traven-Wasserstand untersagt sind, 50 Meter breit. Die Grenze des zu schonenden Uferschutzes und die Höhenlage, bis zu welcher Abgrabungen überall stattfinden dürfen, werden durch Pfähle oder Steine je nach Bedarf markirt. § 6. Bei der Abgrabung der Uferländerereien ist so zu verfahren, daß auf dem in § 5 bezeichneten, 20 bezw. 50 Meter breiten Uferschutzes und im Anschluß an diesen keine Bückungen angelegt werden, welche steiler als zweifach sind, d. h. in der horizontalen gemessen weniger als das doppelte Maß ihrer Höhe ergeben. § 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden in jedem einzelnen Falle mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft geahndet. Außerdem hatten alle Beteiligten vollständig für alle Kosten, welche in Folge der Uebertretung zur Wiederherstellung der beschädigten Ufer oder der durch Einschüttung oder Einfuhr verminderten Wassertiefe der Trave erwachsen. Die erwachsenen Kostenbeträge werden ohne gerichtliches Verfahren im Verwaltungswege eingezogen. § 8. Die Anlieger dieser Uferstrede durch Verhandlung vom 13. August 1884 für sie und ihre Rechtsnachfolger zugestanden Nutzungsrechte am Strandareal bleiben nach Maßgabe der darüber abgeschlossenen und im Hypothekenbuche bezeichneten Verträge auch fernerhin in Kraft.

Entin. Eine Volksversammlung tagte am Sonntag Nachmittag bei Herrn Schröder. Dieselbe war zwar ganz gut, jedoch angesichts der wichtigen Tagesordnung nicht genügend besucht. Das Landgebiet hatte sich besser betheiligte, als die Stadt. Zunächst sprach Genosse Ströbel-Kiel in 1/2stündigem Vortrage über „die geplante Buchhausvorlage“. Er verstand es, die dunklen Pläne, welche seit Jahren in der Luft liegen und jetzt feste Gestalt anzunehmen drohen, zu beleuchten und an der Hand reichhaltigen Thatsachenmaterials die Haltlosigkeit der reaktionären Behauptungen nachzuweisen. Zum Schluß betonte er, daß die Arbeiter durch gute Organisationen den Gefahren zu trotzen fähig seien. Sodann referirte Genosse Kasch-Lübeck über die bevorstehende Gemeinderathswahl, im Anschluß an die Worte des Vorredners darauf hinweisend, daß die Bethätigung der Sozialdemokratie an praktischer politischer Arbeit das beste Argument gegen die Lügen der Gegner sei. Schaffe auch die Gemeindeordnung den Besitzenden Vorrechte, so biete doch auch die Benutzung des kümmerlichen Restes den Arbeitern Gelegenheit, ihre Interessen zu wahren. Redner bewies das an zahlreichen Beispielen, unser Parteiprogramm zu Grunde legend. Zum Schluß forderte er zu eifriger Agitation auf. Genosse Hüttmann gab dann noch die Namen der in Aussicht genommenen sechs Kandidaten bekannt und mahnte, ja Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. — Die regelmäßige Mitgliedererversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Entin und Umgegend findet heute, Donnerstag, den 17. November, Abends 8 Uhr, statt.

Parteigenossen im Fürstenthum Lübeck!

Agitirt eifrig für die Bethätigung an den Gemeinderathswahlen!

Entin. Fischereiverpachtung.

Am Freitag, den 25. November d. J., Vormittags 10 Uhr, wird im hiesigen Regierungsgebäude die Fischerei in der Valenter Aue von der Sieberdorfer Grenze (Eumündung des Boringabens) bis zum Kellerssee unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen zur Verpachtung für 1. Januar 1899/1903 im öffentlichen Meistgebot aufgesetzt werden. Um 11 1/2 Uhr wird die Fischerei in der Schwartau von der Gleschendorfer Grenze gegen Steenrade bis zur Landesgrenze gegen Lübeck in folgenden 7 Abtheilungen unter den im Termine bekanntzumachenden Bedingungen zur Verpachtung für 1. Januar 1899/1903 im öffentlichen Meistgebot aufgesetzt werden: 1. von der Gleschendorfer-Steinrade bis zur Gleschendorfer-Schulendorfer Grenze, 2. von der Schulendorfer-Gleschendorfer bis zur Schulendorfer-Schulendorfer Grenze, 3. von der Schulendorfer-Schulendorfer bis zur Carlw. Rohlendorfer Grenze, 4. von der Rohlendorfer-Schulendorfer bis zur Carlw. Rohlendorfer Grenze, 5. von der Carlw. Rohlendorfer-Schulendorfer bis zur Carlw. Rohlendorfer Grenze, 6. von der Carlw. Rohlendorfer-Schulendorfer bis zur Carlw. Rohlendorfer Grenze, 7. von der Carlw. Rohlendorfer-Schulendorfer bis zur Landesgrenze mit Lübeck. — Die Landsteuerhebung pro Martini 1897/98 erfolgt am 18. und 19. November, Vormittags von 9 bis 1 Uhr im Rathhause. — Der Provinzialrath des Fürstenthums Lübeck ist auf Montag, den 21. d. M. einberufen. Die Verhandlungen beginnen an dem gedachten Tage Vormittags 10 Uhr im Rathhause hieselbst. Die Dauer des Provinzialraths ist auf drei Tage bestimmt.

* Malente. Die Gemeinderathswahl für die hiesige Gemeinde findet am Mittwoch, den 30. November d. J., im Hause des Gastwirths Ernst Lorenzen hieselbst statt. Die Wahlhandlung beginnt Nachmittags 4 Uhr und das Ziehen der Stimmzettel Nachmittags 6 Uhr. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

Ahrensbüch. Bei der Gemeinderathswahl wurden nach der „E. J.“ gewählt die Herren Kassierer Priß, Bädermeister Leen, Arbeiter Boß, Fabrikant

Chronik auf das Jahr 1848.

17. November.

Bekanntmachung des Oberpräsidenten Binder zu Breslau: „Ich halte mich verpflichtet, der Provinz kundzutun, welche Stellung ich in dem gegenwärtigen Konflikt der Staatsregierung mit der Nationalversammlung einnehme. Daher bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß ich dem künftigen Staatsministerium auf die Nachricht von dem Beschlusse der Nationalversammlung betreffs der Steuererweigerung sofort angezeigt habe, daß ich nach meinen konstitutionellen Ansichten jenen Beschluß als die nothgedrungene Abwehr der gegen die Nationalversammlung ergriffenen unkonstitutionellen Maßregeln betrachten muß, und mich daher außer Stande befinde, diesem Beschluß entgegenzutreten, falls meine Einwirkung dazu in Anspruch genommen würde.“ Diese Erklärung eines hohen Beamten war jedoch ein vollständiger Ausnahmefall. Im Großen und Ganzen blieb der Steuererweigerungsbeschluß unangeführt.

Kritische Glossen zur Palästinafahrt*)

von Karl Wiltcher.

Von der „großen“ Gemeinde der neuen Erlöserkirche. — Aber wie zahlreich ist die Gemeinde für die neue Kirche?

Die Jerusalemer deutsche Bevölkerung besteht aus etwa 500 Seelen. Von diesen 500 gehen vorerst gegen 400 ab, welche der an der Straße nach Bethlehem gelegenen Tempelkolonie angehören. — Leute, die feierartig ihre eigenen Sühnungen und ihr eigenes Bethaus haben. Bleiben etwa 100 Seelen, und diese sind Protestanten, Katholiken, Reformirte, Israeliten.

Protestantische deutsche Familien, welche gegenwärtig für den Kirchenbesuch in Betracht kommen — man kann sie an den Fingern der linken Hand herzählen.

Diese kleine evangelische Gemeinde spielt in Jerusalem inmitten der vielfachen, gewaltigen Religions- und Konfessions-Gemeinschaften die Rolle einer kleinen Sekte, wie etwa in Deutschland die Herrnhuter. —

Nun läßt gegenwärtig durch die Zeitungen die Mittheilung, daß der Gustav-Adolf-Verein dem Kaiser 30 000 M. zum Bau noch einer zweiten Jerusalemer evangelischen Kirche zur Verfügung gestellt habe.

Diese Leute müssen sich eines wunderbar geschwollenen Portemonnaies erfreuen.

Ob Kirchennoth in Jerusalem vorhanden? — Kein Ort der Welt, welcher den verschiedensten Religionen und Bekenntnissen in gleicher Weise theuer ist, wie dieses Jerusalem!

Man fast immer Glockengeläut in allen Variationen, vom majestätisch tiefen Dröhnen bis zum hastig spitzen Gebimmel; feierliche, sich nach den geweihten Stätten bewegende Pilgerzüge; bunt zusammen gewürfelte Massen ernster Gesichter, die entweder aus irgend einer Kirche kommen oder nach irgend einer Kirche gehen.

*) Wir entnehmen diese „Glossen“ mit Erlaubniß der Verlags-handlung der kürzlich erschienenen, bereits in 5. Auflage vorliegenden Broschüre „Kritische Glossen zur Palästinafahrt“ von Karl Wiltcher. Berlin SW., Verlag von Hugo Bermüller. Preis 50 Pf. Der bekannte Autor, welcher erst vor kurzem von einer langen Studienfahrt durch Palästina, Syrien und die Sinai-Halbinsel zurückkehrte, urtheilt vom Standpunkt des sachkundigen, scharfen Beobachters. Schon das Motto zu diesen „Glossen“: „Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht!“ läßt ahnen, welche blühende Keltäre dem Leser in dieser geistvollen, oft humoristischen Broschüre geboten wird. Die Red.

Carriere.

Roman von Olga Wohlbrück.

21. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ein Mädchen, das dem Vater ähnelt, wird sehr glücklich,“ heißt es,“ griff Fuchs in heiterem Ton auf.

„Ja, man sagt!“

Claire zuckte kaum merklich die Schultern.

„Auch ich ähnele meinem Vater,“ fügte sie nach einer kleinen Weile hinzu.

Und der gepreßte, dumpfe Ton ihrer Stimme, sagte deutlicher als alle Worte, daß der naive Volksglaube nichts weiter als ein Überglaube.

Dann schüttelte sie den Kopf, athmete auf und murmelte:

„Herr Fuchs, ich hätte Ihnen noch ein paar Worte zu sagen.“

Sie schritt zur Thür, und der Agent führte sie in das Bureau, weil er annahm, daß sie vor Parker nicht reden wolle. Es war im Grunde nichts Besonderes, ein paar Fragen, ihr heutiges Konzert betreffend. Wühllich erinnerte sie sich, daß sie noch einen ganz außerordentlich wichtigen Gang vorhatte, und mit einem schlächtigen, hastigen:

„Auf Wiedersehen heute Abend!“ eilte sie zur Thür hinaus.

Als Fuchs in sein Arbeitszimmer zurücktrat, stand Parker immer noch am Fenster, in den Anblick des kleinen Bildchens versunken.

Beim Aufgehen der Thür verbarg er die Broche in der hohlen Hand; es war, als fürchtete er, daß man sie ihm nehmen würde.

„Denken Sie sich, Frau Gart ist mir plötzlich ent-schlüpft, hatte noch wichtiges vor . . . ach du lieber Gott, und die Broche hat sie auch vergessen . . . Nein, diese Künstlerinnen sind von einer Herrlichkeit!“

Claire war nie zerspreut. Parker wußte das. Er

Aber von Kirchennoth keine Spur.

Auch die neue Erlöserkirche wurde keineswegs von Kirchennoth auf den Plan gestellt.

Ich vergegenwärtige mir jene Sonntagmorgenstunden, welche ich vor wenigen Monaten wiederholt in der alten, nun abgewirtheilten protestantischen Kapelle auf dem Muristan verbrachte . . .

„Sie wäre noch auf lange, lange Zeit hinaus über-groß genug gewesen und würde noch jetzt jeder mittleren Stadt Deutschlands genügen. Das bischen anwesende Gemeinde, meiner Schätzung nach zumeist bestehend aus Dienstmädchen, einigen Almosenempfängern oder sonstigen armen Leuten, starrt auf die braunen mit antiquarischen Gesangbüchern belegten Kirchenbänke. Manchmal bimmeln in die Andacht von benachbarten Gotteshäusern anderer Konfessionen die Glocken herein, oder schallen von der nicht weit entfernten türkischen Kaserne Trompetensignale oder kreischt das durchdringende „Ja-ia-ia“ draußen vor-übertrippelnder Lastesel. Aber diese stets nur zum zehnten Theil gefüllte Kapelle erschien manchen Leuten noch zu klein.“

Nun erhebt sich daneben der stolze Bau der Erlöserkirche.

Ein einziges Mal in absehbarer Zeit hat die Orgel über die vollständig gefüllte Erlöserkirche hingebraust — bei der Einweihung. Sonst unrettbar stets Debe und Verlassenheit auf ihren Bänken. Der angestellte Geistliche, welcher die weitbogigen Hallen vollpredigen möchte, kann eben angesichts der Handvoll Jerusalemer evangelischer Familien nicht eine zahlreiche Gemeinde aus dem Boden stampfen.

Das Cooksche Reisebureau. — Die Arrangements der Palästinafahrt haben die Führung des kaiserlichen Juges für Palästina und Syrien dem englischen Reisebureau von Thos. Cook u. Sohn anvertraut.

Ob unter dem Diktand deutscher, theilweise wohl-renommirter Reisebureaus sich kein einziges leistungs-fähiges besand, welches die Sache hätte übernehmen können? . . .

In mächtigen Reklameartikeln für spätere Reiseunter-nehmungen hat das englische Bureau herumgetrompet, was es alles für den Kaiserzug zur Verfügung stellt: kostbare Zelte, Unmassen von Lastthieren, zahlreiches Be-dienungspersonal.

Aber diese schwungvolle Rechnung! Wie Zeitungen berichten, hat es der Sultan doch erzielt, die 300 000 Franks betragenden Spejen zahlen zu dürfen.

Das Cooksche Reisebureau ist von allen berartigen Unternehmungen das theuerste. Für einen gewöhnlichen Orientreisenden, der sich ihm ausliefert, heißt es: „Thu' Geld in Deinen Beutel!“ Ein einfaches Ausklooten in Jassa beispielsweise, für das man bei gutem Wetter höchstens zwei Franks blecht, kostet bei Cook 5 Schilling. Und erst bei schlechtem Wetter! Da werden fünfzig Schilling und noch mehr verlangt. —

Ich habe alle meine Reisen in vier Erdtheilen auf eigene Faust unternommen und bin stets billiger und besser gefahren, als manche meiner Reisegefährten, die sich einem Reisebureau auslieferten.

Doch ein solches Reisebureau ganz im all-gemeinen betrachtet!

Für Reise-Dilettanten, brave Söhne aus Poserückel oder Treuenbriegen an der Knatter, die zum ersten Mal

wußte, daß sie so fortgeeilte war, um ihm die Broche lassen zu können mit dem Bildchen seines Kindes.

Seines Kindes! . . .

Und noch fester schloß er die Hand, in der die Broche lag, und ein ungewohntes Gefühl der Freude stieg in ihm auf.

„Auch ich muß fort . . . habe zu thun . . .“ stammelte er.

Er wußte nicht mehr, wie er aus dem Zimmer trat und die Treppe hinuntereilte. In stürmender Hast erreichte er seine Wohnung. Es drängte ihn allein zu sein, und laut zu sagen: mein Kind, mein Kind . . .

Zu Hause angelangt, warf er Hut und Mantel von sich und eilte in sein Zimmer, die Broche immer noch fest in der Hand haltend.

Am Fenster saß Frau Therese, den weißen Kopf über eine Häfelarbeit gebeugt.

Sie pflegte sonst nicht in seinem Zimmer zu sitzen, wenn er aus war, sie pflegte auch selten zu arbeiten.

Er blieb überrascht auf der Schwelle stehen, aber nur einen Augenblick, dann rief er laut, wie er es gewollt:

„Mein Kind, mein Kind!“

Ein Schluchzen ersticke seine Stimme. Er warf sich vor seiner Frau nieder, ergriff ihre Hand und drängte ihr das Bildchen zwischen die Finger.

„Mein Kind!“ wiederholte er nochmals, dann sank sein Kopf in Therese's Schoß, während ein heftiges Schluchzen seinen Körper erschütterte. Frau Therese blickte lange auf das süße Pindergeßichtchen. Dann fuhr sie sich mit dem Finger über die Augen. Ein schwerer Seufzer entrang sich ihrer Brust.

„Euer Kind!“ murmelte sie und legte mütterlich beschwichtigend beide Hände auf Parkers Haupt. —

Der zehnte Kapitel.

Frau Therese hatte Recht gehabt. Als sie am Abend den Konzertsaal betrat, erhob sich ein Geflüster unter den

in die weite Welt hineinziehen, mag es bequem sein für Menschen von Selbstständigkeit ist das Trotzen in einer ganzen Herde mehr als langweilig. Solche Reisebureau-Gesellschaften, von einem Führer von Ort zu Ort getrieben, machen stets einen humoristischen Eindruck.

Hurrah, deutsche Kolonten in Kleinasien. Ein groß-artiges Resultat der Palästinafahrt haben sich viele unserer Kolonialschwärmer zurechtphantaft. Sie wissen ganz genau, nun wird ein kleinasiatischer Hafen, etwa Haifa, Jassa oder Smyrna, womöglich mit einem tüchtigen Fegen Hinterland, an Deutschland abgetreten.

Bei, das wäre wieder ein Terrain für gewisse deutsche Kulturträger von Militärs und Juristen, Lieutenants und Affessoren — Leute, welche in diese hellsonnige Atmosphäre des Orients ihre verstaubte, nach engen heimischen Verhältnissen gemodelte Bureauratie tragen — Leute, welche die Einführung des Tresfentrams als Hauptaufgabe des Kolonisations betrachten und die gleich Koloniallaken nur erwägen: „Bist du deiner Umgebung untergeordnet? Oder heigeordnet? Oder übergeordnet?“ Leute, welche für den Aufeinanderprall zweier Rassen und zweier Zivilisationen nur minderwerthiges Verständniß haben, aber trotzdem auf den beim Kolonisiren bewährten, praktisch gebildeten Kaufmann vom Thron ihrer unheimlichen Wichtuerei mit Verachtung herabbliden.

Alles bleibt beim Alten. — Manch stolzes Gepränge vieler Fürsten hat seit Jahrhunderten den Weg hinauf gen Jerusalem gefunden. Weibevollen Herzens, den Kopf voll schmärmerischer Begeisterung, das Reisegepäck gefüllt mit kostbaren Geschenken — so sind sie von Jassa heraufgezogen nach den von frommen Schauern umhauchten heiligen Orten. Und wieder von dannen gezogen mit überreichen Erinnerungen. . . .

Aber schließlich blieb alles, alles wie es war.

Jerusalem schläft, und es schläft der darüber leuchtende Himmel des Orients. Ruhig läßt er die Jahrhunderte herumbröckeln an den geweihten Stätten, sie erbarmungslos preisgebend dem unerbittlichen Schicksal des Verfalls.

Und das mächtige Endresultat der Palästinafahrt? . . . Ach, fragen wir lieber nicht!

Soziales und Partei-Leben.

Gegen den im Schröderprozeß mitverurtheilten Johann Meyer war zweimal eine Untersuchung eingeleitet dahin, ob er zum Schaden des Bergarbeiterverbandes, dessen Kassierer er längere Zeit war, 1200 Mark unter-schlagen habe. Das Verfahren ist jetzt endgiltig eingestellt worden. Trotz mangelhafter Kassensführung ergab sich, daß ein Manco absolut nicht vorliegen konnte. Die Denunziation, die gerade in Anbetracht ihres Ursprungs etwas häßlich erschien, verhehlte darum ihren Zweck. — Der im genannten Prozeß auch mitverurtheilte Bedemann, über dessen Parteizugehörigkeit viel gestritten wurde, hat auf seinen Antrag für seine Person zwar einen Unterstützungsbetrag aus dem Bochumer Fonds erhalten, jedoch nur einen mäßigen, weil seine Familie auch vom Kohlenyndikat unterstützt worden war.

Begnadigt wurde der Expedient der „Neuf. Volksztg.“ Genosse Hermann Schenderlein in Greiz, der wegen Preßvergehens zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, nachdem er drei Monate der Strafe verbüßt hat. Die „Volksztg.“ meint zu diesem Falle: Diese Begnadigung ist jedenfalls erfolgt, um die bekannte

vielen Bekannten, die dort waren. Einige standen von ihren Plätzen auf, um sie nochmals zu sehen.

„Steht ihr gut!“ Dies war das Urtheil der aller-meisten.

Aber niemand konnte sich erklären, warum Frau Parker, die sich sonst so gern auf die Jugendliche hinauspielte, heute plötzlich zur Matrone geworden. Man lächelte, vermutete. Da durchlief die Reihen das Gerücht, Clara Gart wäre die erste Frau Parkers gewesen.

Einige erinnerten sich dunkel an seine erste Ehe. War die Frau nicht Sängerin? Sie soll aber die Stimme verloren haben, und dann hieß sie nicht Claire Gart, sondern . . .

Man suchte nach dem Namen, endlich sagte jemand:

Claire Baumgart.

Richtig . . . Baumgart! Warum hatte sich denn Parker von ihr scheiden lassen? Wer entsann sich überhaupt noch der alten Geschichte! Sonderbar war es jedenfalls, daß er mit seiner jetzigen Frau dem Konzerte der ersten beivohnte, noch selbstamer, daß diese erste Frau in seinem eigenen Konzerte mitwirken sollte.

Ein paar Damen schienen darüber scandalisirt, einige Herren fanden das „sehr, ganz außerordentlich pikant“, im allgemeinen hieß es: „Diese Künstler sind doch ein ganz eigenes Völkchen!“

Parker saß mit seiner Frau in einer der ersten Reihen. Beide waren befangen, wagten es kaum sich umzusehen, die Bekannten zu begrüßen. Sie fühlten instinktiv, daß man sich in diesem Augenblick mit ihnen beschäftigte, daß ein jeder gern in ihren Augen gelesen hätte, was in ihrem Innern vorging.

Therese senkte die Blicke auf das Programm, das sie schon auswendig kannte. Parker plauderte in nervöser Unruhe mit seinem Nachbar, dem Finanzmann, in dessen Hause er vor Jahren Claire kennen gelernt. Seine Augen schweiften dabei immer wieder zur Seitenloge hinüber, in welcher stets der Konzertagent zu sitzen pflegte, und mit ihm manch-mal die nächsten Angehörigen der Konzertantin.

Haltung des Staates Neuz. d. L. zur preussischen Regierung eskalant zu kennzeichnen.

Kemisch. Da die Fabrikanten Betriebskrankenassen einrichten wollen, streiken die Arbeiter in mehreren Fabriken.

Der deutsche Metallarbeiterverband beruft seine vierte Generalversammlung am 4. April 1899 nach Halle ein. Die Tagesordnung enthält folgende Zusammenstellung: 1) Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen. 2) Bericht des Vorstandes und des Ausschusses. 3) Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung. 4) Statutenberatung. 5) Verbandsorgan und Wahl des Redakteurs. 6) Der 3. deutsche Gewerkschaftskongress. 7) Bestimmung der Sitzes des Vorstandes und des Ausschusses und Wahl der Verbandsbeamten. 8) Regelung sonstiger Verbandsangelegenheiten und Anträge.

Am Montag und Dienstag.

Meine Chronik. Eisenbahnunfälle. Am Sonntag Abend ist auf dem Ueberwege bei Km. St. 107,78 der Strecke Grauberg-Marienbrunn zwischen Mehos und Pachelshof von dem Güterzuge 4022 ein Fuhrwerk überfahren worden. Der Führer des Fuhrwerks ist todt. Das Fuhrwerk wurde zertrümmert. Zugpersonal unverletzt. Lokomotive, Betriebsmittel und Geleise sind nicht beschädigt. Die Schuttschicht ist zur Zeit noch nicht aufgeföhrt. — Aus Wronke (Prowitz Posen) wird gleichfalls amtlich gemeldet: Güterzug 6232 ist in Folge falscher Weichenstellung in einem Anschlußgeleise entgleist. Ein Bremser leicht verletzt. Materialschaden groß. — Die „Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actiengesellschaft“ theilt mit, daß das Schiff „Montevideo“ am Kap Magdalena signalisirte, daß es die Mannschaft des „Westmeath“, eines von der Packetfahrt-Gesellschaft gecharterten englischen Schiffes, an Bord habe. Die „Westmeath“ wurde vom Kapitän und der Mannschaft verlassen, weil das Schiff den Schaff gebrochen hatte. Die „Westmeath“ treibe herrenlos umher. — Aus Schwarzenbach a. d. Bielach wird gemeldet: In der Nacht auf Montag wurde hier an der 25-jährigen Holznechtsfrau wieder ein bestialischer Mord verübt. Ihr verkrüppelter Leichnam wurde aus der Bielach gezogen. Die Obduktion ergab, daß ein Luftmord vorliegt. Der 25-jährige Holznecht Straßer, der des Mordes dringend verdächtig erscheint, wurde verhaftet und dem Bezirksgericht Kirchberg a. d. Bielach eingeliefert. Dort hat derselbe die That eingestanden. — Aus Liebesgram. In Paris hat sich der junge Herzog Serge de Moray wegen Liebesgram aus dem Fenster gestürzt. Sein Zustand soll sehr ernst sein. Der Vater des jungen Herzogs war ein Halbbruder Napoleons III. und dessen hauptsächlichstes Werkzeug beim Staatsstreich. Aus dem Leben des jungen Herzogs selbst wird folgendes erzählt: Er unterhielt vor etwa 10 Jahren als 20-jähriger Jüngling eine Liebeschaft mit einer wegen ihrer Schönheit bekannten russischen Schauspielerin. Die Liaison wurde ihm jedoch lästig und er wollte mit seiner Geliebten brechen. Diese drang darauf in die Wohnung ihres ungetreuen Liebhabers ein, kletterte in das Badezimmer, in dem sich der junge Herzog gerade befand, und erschoss sich vor den Augen des im Bade Sitzenden. — Ein heftiger Orkan hat die beiden Provinzen Saragossa und Taragona (Spanien) heimgesucht. Zahlreiche Häuser wurden abgedeckt und theilweise zerstört; eine Anzahl Fischerboote wurden auf Felsen geworfen, wobei mehrere Schiffer ihr Leben einbüßten. — Ein furchtbares Gewitter ist in der Nacht zum Montag über der Stadt Marseille niedergegangen und hat große Ueberschwemmungen verursacht. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Freiherrn von Heyl zu Herrnsheim schreibt der „Vorwärts“ folgende Zeilen in's Stammbuch: Man soll in der Politik nicht persönlich werden. Und doch, als wir lasen, daß auf das Betreiben des Lackfabrikanten und Großgrundbesizers Frhn. v. Heyl zu Herrnsheim, der ein zweiter Stamm zu werden verspricht, eine Aktion gegen die Sozialdemokratie seitens der nationalliberalen Partei unternommen werden soll, da triebelte es uns, eine kleine persönliche Geschichte zum besten zu geben, nicht um den Freiherrn irgendwie als Bourgeois zu diskreditiren, nein, um nur einmal zu zeigen, wie wenig ritterlich es ist, den Arbeitern ihr berechtigtes Bestreben nach Besserstellung ihrer Lage, das eben mit politischer und gewerkschaftlicher freier Bethätigung identisch ist, fortgesetzt erdöden und unmöglich machen zu wollen. Die Arbeiter sollen um keinen Preis eine selbstständige politische Meinung haben. Warum diese Besorgniß und Angst vor der emporkommenden selbstständigen Arbeiterklasse? Wir wollen die Gründe nicht untersuchen, aber es scheint uns manches Mal, als ob diesen Muffern im Streit gegen die Sozialdemokratie manchmal das eigene Gewissen bedenklich schlage. Sie fühlen das selbst, daß die heutige Art der Einkommensvertheilung eine im Grunde doch äußerst ungerechte ist.

Die Loge war noch leer. Der Finanzmann neigte sich ganz nahe zu Parkers Ohr.

„Ist das nicht ein seltsamer Zufall, wie?“ fragte er und zwinkerte, auf das Podium weisend, bedeutsam mit den Augen. — „Erinnern Sie sich noch an Ihre erste Begegnung mit Claire Baumgart? Da waren Sie noch lange nicht der große Mann, im Gegentheil. . . . Erinnern Sie sich, wie ich Ihnen den Rath gab, sich an die Frauen zu halten? War ein guter Rath, was? Ja, Sie sind rasch gestiegen von Stufe zu Stufe. Claire Baumgart war die erste Stufe! Soll übrigens eine verteuft schöne Person geworden sein. . . . werde sie nachher in der Pause begrüßen. Sie haben doch nichts dagegen, Verehrtester?“

„Mein Lieber“, nannte er ihn schon lange nicht mehr, auch klopfte er ihn nicht auf die Schulter wie einst, aber das alles wäre Parker in diesem Augenblick weniger beleidigend erschienen, als die frivole Redensart des Börslaners, eine Redensart die er sich nicht verbitten durfte — ohne lächerlich zu erscheinen. Er runzelte die Stirn und zog die Augenbrauen finster zusammen.

Dann und wann warf er einen scheuen Seitenblick auf Therese: ob sie wohl etwas gehört? Nein, sie schien ganz in das Lesen des Programms vertieft zu sein.

„Ihre Frau Gemahlin sieht heute ganz famos aus“, griff der Börslaner wieder auf — „so vornehm — matronenhaft!“

Aber deswegen nun Alarm gegen die Sozialdemokratie schlagen, ist gerade das verkehrte Mittel zur Gewissenerleichterung. Doch wohin gerathen wir? Unser Zweck war doch nur, eine kleine Sache zu erzählen, die unvereinbar mit dem politischen Terrorismus gegen die moderne Arbeiterbewegung ist. Freiherr v. Heyl zu Herrnsheim ist ein sehr reicher Mann und ein feiner Weinkenner. Vor Jahren war mal Weinversteigerung auf Schloß Eberbach im Rheingau und der Herr Freiherr hatte auf eine ganz bestimmte Sorte sein Auge geworfen, von der nur 612 Liter vorhanden waren. Er wollte sie haben und er bekam sie auch, da er gleich den höchsten Preis bot. Er bezahlte für die 612 Liter Wein das runde Stämmchen von 16 500 Mk. oder pro Liter rund 27 Mk. 16 Arbeiterfamilien mit 60—70 Köpfen haben jährlich nicht mehr zu verzehren, als was hier für 612 Liter Wein ausgegeben sind. Aber solche Vergleiche sind Nebensache; warum soll sich jemand, der's sich leisten kann, nicht einen guten Tropfen Wein kaufen. Nur eins begreifen wir nicht: Wieso will ein Mann, der dieses Leben zu genießen versteht, dem Arbeiter seinen Drang nach Lebensfreude und Lebensgenuss unterbinden? Warum für sich den Genuss als selbstverständlich voraussetzen und andere in ihrem Streben nach mehr Brod hindern zu wollen? Diese paar Gedanken sind's, die uns durch den Kopf gehen, als wir lesen, der Freiherr v. Heyl zu Herrnsheim sei die Seele einer neuen Verschwörung gegen die Sozialdemokratie.

Die Geschosswirkungen der Kleinkalibrigen Gewehre sind, wie die Berichte der Militärärzte feststellen, die den spanisch-amerikanischen Krieg mitgemacht haben, geradezu gräßlich. Fast alle Verwundungen am Kopfe hatten den Tod in wenigen Stunden zur Folge. Der Grund hierfür lag in einer Gehirnreizung, welcher die ärztliche Kunst nicht gewachsen war. Dergleichen waren die Verletzungen der Wirbelsäule in den Fällen, wo das Rückenmark in Mitleidenschaft kam, durchweg tödtlich, wenn das Mark unversehrt blieb, verursachten sie mehr oder minder schwere Lähmungen. Ueberschauen muß die Zahl der in die Brust getroffenen Krieger, die mit dem Leben davorkamen; noch auffälliger ist, daß, von Verletzungen abgesehen, fast keiner von diesen Verwundeten mehr als 14 Tage zu Bette zu liegen brauchte. Man hat auch vielfach die Beobachtung gemacht, daß Schüsse in den Unterleib keinerlei Operation nothwendig machten. Arm- und Beinamputationen kamen selten vor; sie wurden meistens nur dann vollzogen, wenn die Knochenbrüche sehr komplizirt waren und die benachbarten Gelenke Blutvergiftung zeigten. Bei den Leuten, die aus weiter Entfernung getroffen waren, saßen die Geschosse häufig in den weichen Geweben, während die Knochen unverletzt blieben. — Dabei plagt sich der menschliche Erkundungsgeist immer noch, bessere W e n s c h e n m o r d -werkzeuge zu erfinden, statt darauf hinzuwirken, abzurufen und Streitigkeiten zwischen Völkern durch internationale Schiedsgerichte zu schlichten.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 6. bis 12. November 1898.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

30. Oktober. Arbeitsmann Carl Hinrich Christoph Jäbe. 31. Mauerergehilfe Heinrich Louis Boy. 2. November. Kaufmann Paul Carl Edoard Bormann. Posthilfsmann Johann Andreas Heinrich Postmann. 3. Bigarrenmacher Carl Wöhrer. Metallbruder Otto Gustav Adolf Fleischmann. 5. Arbeitsmann Joachim Heinrich August Lewitz Stellmachergehilfe Jochen Heine Mathias. 6. Maschinist Johann Wilhelm Heinrich Carl Ludwig Porath. 7. Hausdiener Friedrich Johannes August Stolle. Laternenwärter Christian Heinrich Schöning. Arbeitsmann Gustav Hans Ludwig Heinrich Ernst Denter. 8. Buchhalter Daniel Carl Friedr Schmid. Eisenbahn-Wagenschieber Heinrich Johann Fritz Herow. Arbeitsmann Paul Adolph Heinrich Delfe. 9. Proturist Johannes Otto Adolph Brodmann. 10. Arbeitsmann Johannes Adolph Georg Clappat. 11. Arbeitsmann Stephan Mikolajanz.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

19. Oktober. Inspektor Johann Heinrich Friedrich Myran. 3. November. Soldatener Johann Joachim Heinrich Bünelester. Arbeitsmann Fritz Martin Hermann Schlüter. 4. Schuhmacher Johann Joachim Heinrich Koop. Seemann Peter Hinrich Arend

Es lag keine böse Absicht in diesem Wort, aber Parker zirkelte ängstlich an den Spigen seines Schnurbartes.

„Wunderbare mich übrigens, daß sie mitgekommen ins Konzert“, fuhr der Börslaner unbeirrt fort. — „ja Sie müssen eben eine eigene Art haben, mit Frauen umzugehen — kriegen sie alle rum.“

Parker wollte sich schon — um den lästigen Schwächer los zu werden — erheben, unter dem Vorwande, das Publikum zu mustern, als plötzlich Fuchs in der Loge erschien. Gleich darauf trat auch ein ziemlich bekannter Klavierpieler auf das Podium, tiefe Ruhe stellte sich ein, und das Konzert begann.

Auch Theresens Blicke waren mehr auf die Loge des Agenten, als auf das Podium gerichtet. Da, nach der zweiten Nummer des Programms, tauchte ein alter kleiner Herr in der Loge auf, an der Hand ein kleines rothhaariges Mädchen in weißem, reichgesticktem Watikkleide.

Die Kleine schien sehr aufgeregt; sie ließ die Hand des alten Herrn auch dann nicht los, als sie sich bereits gesetzt, und wandte die Augen nicht vom Podium. Plötzlich sagte sie fast laut, so daß man es in den ersten Reihen hören konnte:

„Mama, da ist Mama. . . .“
In der That trat jetzt Claire vor. Sie sah blendend aus in einem schwerseidenen, tiefausgeschnittenen weißen Kleide mit einer einreihigen, aber kostbaren Perlschnur um den Hals; helle, schwedische Handschuhe bedeckten ihren schönen Arm bis zum Ellenbogen.

Kramer. 5. Arbeitsmann Ernst Hinz. Westphal (Trens). Arbeitsmann Matthias Heinrich Wilhelm Groth. Arbeitsmann Johann Joachim Wilhelm Christoph Brinker. 6. Arbeitsmann Johann Heinrich Ferdinand Wagner. 7. Tischlermeister Georg Heinrich Johannes Müller. Arbeitsmann Johann Heine Friedr. Wänmler. 9. Bäcker Otto Friedrich Ludwig Theodor Lange. 10. Arbeitsmann Wilhelm Carl Christian Sellmann. Arbeitsmann Johannes Adolph Georg Clappat. Arbeitsmann Heinrich Peter Friedrich Engel. 11. Eisenbahn-Bremser Heinrich Friedrich Joachim Wölker.

Sterbefälle.

5. November. Landmann Ernst Abbe, 21 J. 6. Klempnermeister Friedrich Heinrich Theodor Tiemann, 63 J. Joh. Heine. Friedrich Weid, 2 M. Sophia Friederike Wette geb. Soodmann. Wittwe des Arbeitsmannes Heinrich Wunth, 64 J. 7. Ein Knabe: 4 Etaden. 8. Hausdiener Friedrich Johannes August Stolle; Anna Elisabeth Catharina geb. Jeld. Wittve des Matrosen Johann Joachim Nicolans Evers, 92 J. Zimmergehilfe Heinrich Michael Hanschberg, 64 J. Deleonom Franz Carl Heinrich Klempner, 41 J. 8. Maria Dorothea Emma Knack, 20 J. Arbeitsmann Heinrich Carl Peterfen, 59 J. Rentier Johann Ernst Theodor Gronow, 85 Jahre. Sophia Louise Caroline, geborene Witte, Ehefrau des Privatmannes Carl Friedrich Wilhelm Buchwaldt, 72 Jahre. Paula Friederike Elisabeth Appel, 2 Monate. 9. Catharina Margaretha Dorothea geb. Schowanz, Ehefrau des Laternenwärters Friedrich Wilhelm Wilt, 86 J. Ein Knabe, 1/2 Stunde. Vater: Proturist Johannes Otto Adolph Brodmann. Emilie Schröder 1 J. 7 M. 10. Conradine Elisabeth Bertha Währing, 6 M. Edoard Friedrich Johannes Müller, 3 J. Willy Maria Hans Paack, 6 M. Carl Otto Heinrich Robert Nemling, 8 M. Ein todtgeb. Mädchen. Vater: Arbeitsmann Johannes Heinrich Albert Kraie. 11. Anna Catharina Elisabeth geb. Esemann, Wittve des Arbeitsmannes Johann Friedrich Friedrich Herrich, 68 J. Maria Auguste Henriette Wanzenberg, 18 J. Anna Carolina Sophia geb. Wehdenborff, Ehefrau des Dreckschneiders A. D. Johann Carl Medel, 80 J. 12. Sophia Catharina Christina Koss, 45 J.

Angemeldete Aufgebote.

7. November. Schuhmacher Carl Heinrich August Kalns und Minna Maria Sophia Rahen, beide zu Gr. Erban Arbeiter Carl Johann Christian Müller und Emma Wilhelmine Emilie Staub. 8. Schreiber bei der Albed-Blühener Eisenbahngesellschaft Carl Conrad Christian Heinrich Ludwig Herbst und Minna Maria Auguste Wichert. Arbeiter Christian Friedrich Wilhelm Müller und Maria Friederike Bertha Woss. Oberleutnant Bernhard Friedrich Leopold Vantenschläger und Käthen Johanna Wette. Arbeiter Heinrich Paul Bredecker und Emma Louise Friederike Grothen. Arbeiter Johann Hans Heinrich Havemann und Catharina Wilhelmine Elisabeth Clasen Tischlergehilfe Wilhelm Friedrich Baummann und Wittve Friederike Auguste Stahn geb. Baucker zu Ahrensbl. Beschlagschmied Karl Gustav Schülze und Magdalena Schüller, beide zu Berlin. 9. Lehrer Hermann Gustav Carl Hinzpeter und Luise Müller. Tischler Anton Wilhelm Ludwig Stenbuhr und Wilhelmine Marie Henriette Vorhert. Arbeiter Heinrich Friedrich Stearbed und Amanda Christina Hüfgen. Kaufmann Otto Gustav Heinrich Trephan und Johanna Mary Lucy Strauß. Arbeiter Klaus Wluge zu Hull und Auguste Louise Emilie Klüber zu Klein Weisenberg. 10. Wöhrer Ernst Friedrich Johannes Weid und Catharina Wilhelmine Maria Weiburg. 11. Matrose Georg Heinrich May Wilhelmine und Maria Dorothea Auguste Hansen. 12. Arbeiter Johannes Heinrich August Jeld und Anna Catharina Dorothea Magdalena Wellner zu Duvenest. Arbeiter Friedrich Wilhelm Johannes Heinrich Pabge und Caroline Marie Louise Elisabeth Meyer zu Herrndorf. Schiffsbauer Wilhelm Delfe Heinrich Wiele zu Hamburg und Dorothea Henriette Christine Fick. Drechsler Adolph Heinrich Geerts zu Bausdorf und Dorothea Maria Elisabeth Junge zu Wolfenweje Gärtner Johann Christian Emil Witt und Feida Cathinka Anna Maria Lemke. Kesselwärter Carl Laubendach und Pauline Christine Dorothea Andersen, beide zu Moisling.

Eheschließungen.

8. November. Missionar Hermann August Johann Dedert zu Elmshorn und Hilbur Theres Thorsen. Kaufmann Friedrich Ernst Adam Gustav Adolf Wegener zu Kiel und Anna Christiane Mathilde Voet. Zimmermann Wilhelm Adolf Heinrich Künzel und Emma Johanna Anna Städt. Königlich Forstauflieger Friedrich Wilhelm Carl Philipp Herget und Anne Elisabeth Marie Schulte. Steinbruder August Christian Albert Böls und Marie Wolgam. 9. Schneider Wilhelm Christian Friedrich Memmert und Johanna Maria Elisabeth Weimann. 11. Schuhmann Johann Hermann Heinrich Clasen und Jeannette Cathinka Johanna Grage. Hilfsgerichtsdienner Johann Heinrich Wilhelm Bornholt zu Pinneberg und Catharina Christiane Elisabeth Dilling. 12. Feizer Johannes Friedrich Heinrich Scheel und Henriette Maria Anna Strömke. Arbeiter Wilhelm Friedrich Ludwig Franz Kempe und Maria Catharina Margaretha Harz zu Siebenbäumen. Arbeiter Franz Friedrich Heinrich Wisse und Catharina Friederike Rath. Kaufmann Edgar Eugen Köhler und Anna Henriette Sophie geb. Engelhardt, des artistischen Direktors Carl Heinrich Friedrich Albert Maritz Wittve. Schlosser Bernhard Wilhelm Jansen und Johanna Lubovica Maria Stefana Hamer. Arbeiter Johann Christian Fritz Tollgreen und Sophia Johanna Albrecht. Telegraphenarbeiter Wilhelm Johannes Gustav Sewe und Louise Auguste Elise Behrens. Arbeiter Heinrich Johannes Anton Grimm und Christine Sophie Dorothea Garber.

Außer der Perlschnur hatte sie kein einziges Schmuckstück angelegt, auch ihr Haar war in einen schlichten, griechischen Knoten geschlungen und mit einem kaum sichtbaren Goldreifen zusammengehalten.

Ein lebhafter Applaus empfing sie — er galt der Frau, nicht der Künstlerin, die man noch nicht kannte. Sie verneigte sich zweimal halb dankend, halb begrüßend, dann hob sie den Kopf und grüßte mit den schönen braunen Augen das kleine rothhaarige Mädchen, das sich mit dem halben Oberkörper über die Brüstung lehnte und über das Gesicht lächelte.

Parker sah nur das leuchtende Köpfchen, das strahlende Lächeln. Bei dem lauten: „Mama, da ist Mama“, hatte er seine Blicke wieder zur Loge gewandt, hatte Ethil erkannt. . . . sein Kind. Er war sehr blaß geworden und nahm, ohne seine Stellung zu verändern, den Operngucker vom Schoße seiner Frau.

Und wie er durch das Glas blicken wollte, um jeden kleinsten Zug des reizenden Kindergesichtchens zu sehen, da versagte seiner Hand die Kraft, die Vornette zu heben, als wäre es auch etwas gar zu widersümmiges, zu unnatürliches, daß der Vater sein eigenes Kind zum erstenmal durch ein Opernglas mustern sollte, statt es in seine Arme zu schließen und es mit Küffen zu bedecken.

Er konnte sein Kind nicht forgnettiren wie eine Fremde, es schien ihm frivol, und er dankte es seiner Hand, daß sie den Dienst versagt.

(Fortsetzung folgt.)